



**Protokoll der 12. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld  
vom Mittwoch, den 3. Oktober 2012, 18.00 Uhr, Rathaus**

**Vorsitz:** Gemeinderatspräsident Herbert Vetter

**Namensaufruf:** 38 anwesende Mitglieder

**Entschuldigt:** Gemeinderatsmitglieder Michael Krucker und Lisa Landert

**Mitanwesend:** 5 Stadtratsmitglieder

**Sekretär:** Jost Kuoni

- - -

**TRAKTANDEN:**

- 58 Mitteilungen
- 59 Motion betreffend Besoldung des Stadtrates; mündliche Begründung durch Gemeinderat Peter Hausammann
- 60 Rahmenkredit von 9 Mio. Franken zur Beteiligung an der Swisspower Renewables AG und an Kraftwerken für erneuerbare Energien  
Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung
- 61 Interpellation betreffend Lösung Lindenspitz von Gemeinderat Andreas Elliker; Einreichung und Begründung
- 62 Interpellation betreffend "Partizipative Politik" in der Verkehrsplanung von Gemeinderat Heinrich Christ; Einreichung und Begründung

- - -

**Gemeinderatspräsident Herbert Vetter:** "Herr Stadtpräsident, ähh, Stadttammann, Kollege Gemeinderatsvizepräsident, Damen und Herren Stadt- und Gemeinderäte.

Ich heisse Sie herzlich willkommen zur heutigen Sitzung, die wohl vor allem in aussprachetechnischer Hinsicht eine böse Stolperfalle bieten wird. Ich hoffe, dass die Rednerinnen und Redner bei Traktandum 3 die Aussprache des 'R-Worts' dreimal so oft geübt haben wie ich. Sonst umschiffen Sie dieses 'ausländische' Geschäft einfach sprachlich. Ich bin mir aber sicher, dass die heutigen Traktanden mit den Besoldungen und dem Rahmenkredit auch inhaltlich ebenso viel Zündstoff, also 'very, very much gunpowder' haben werden. Und sollte Sie die englische Sprache gleichwohl erschöpft machen, wie dies letzte Woche im Murgspritzer in der Thurgauerzeitung zu lesen war, so bitte ich Sie, durchzuhalten oder zumindest geräuschlos einzunicken."

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der **Ratspräsident** fest, dass 38 Ratsmitglieder anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr liegt bei 20.

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig zugesandt. Die Diskussion wird dazu nicht gewünscht und somit ist die Traktandenliste stillschweigend genehmigt.

**58**

## **MITTEILUNGEN**

### **58.1 *Nachwuchs und Heirat***

Am 23. September wurde Gemeinderat Pascal Frey Vater einer Tochter. Sie heisst Samira und ist wohlauf. **Der Ratspräsident** gratuliert den Eltern und wünscht der jungen Familie alles Gute.

Wie der **Ratspräsident** kurz vor der Sitzung erfahren hat, hat auch jemand anders am letzten Samstag einen speziellen Tag gefeiert. Er ist zwar noch nicht ganz so weit und Vater geworden, aber Michael Hefti hat kirchlich geheiratet. Der **Ratspräsident** gratuliert dem Brautpaar herzlich und wünscht alles Gute für die Zukunft.

### **58.2 *Unterlagen zuhanden der Ratsmitglieder***

An den Plätzen der Ratsmitglieder liegt die Traktandenliste für die nächste Ratssitzung vom 7. November 2012 mit Beginn um **17.00 Uhr** auf. Da die Traktandenliste recht lang ist und einige Fraktionen nach dieser Sitzung ihre Fraktionsessen haben, wurde der Sitzungsbeginn um eine Stunde ververschoben. Dazu wurde eine Umfrage am Gemeinderatsausflug gemacht. Diese Änderung wurde von den Anwesenden einstimmig begrüsst.

Im Weiteren liegt in Form eines lachsfarbenen Papiers ein Streichungsantrag der GPK Finanzen und Administration vor. Dieses betrifft das Geschäft Pensionskasse, das an der nächsten Sitzung vom 7. November 2012 behandelt wird.

### **58.3 Interpellationen**

An der heutigen Sitzung zirkulieren zwei Interpellationen im Rat. Die eine Interpellation ist von Gemeinderat Andreas Elliker und trägt den Titel "Lösung Lindenspitz". Die andere Interpellation ist von Gemeinderat Heiner Christ und trägt den Titel "Partizipative Politik" in der Verkehrsplanung.

**Der Ratspräsident** wird die beiden Interpellationen im Anschluss an die heutige Sitzung an den Stadtrat zur Beantwortung überweisen. Die Interpellationstexte mit den entsprechenden Begründungen sind dem heutigen Sitzungsprotokoll angefügt

### **58.4 Würdigungen der abtretenden Ratsmitglieder Michael Krucker und René Gubler**

**Gemeinderatspräsident Herbert Vetter:** "Auch eine Pflicht in meiner Funktion als Gemeinderatspräsident ist es, geschätzte Kolleginnen und Kollegen zu verabschieden und sie für ihr Mitwirken in unserem Rat und ihre Mitarbeit zugunsten des Gemeinwohls zu verdanken. Sie dürfen mir glauben, es ist mir nicht die liebste Pflicht, weil unser Rat dadurch nicht nur Politikerinnen und Politiker verliert, sondern vor allem auch Menschen mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen. Heute schmerzt dies umso mehr, weil wir einen der dienstältesten Parlamentarier letztmals in unseren Reihen begrüßen dürfen. Beide Kollegen, die ich heute verdanke, haben als Hauptgrund für ihren Rücktritt den Mangel an Zeit angegeben. Umso verdankenswerter ist ihr Einsatz für die Stadt Frauenfeld.

Zum ersten Michael Krucker: Lieber Michi, auch wenn du heute nicht unter uns sein kannst, sondern als Klassenlehrer beim Zentralkurs Skifahren in Zermatt im Einsatz bist, spreche ich dich persönlich an. Entweder du hörst mich in den Bergen oder - und das ist die wahrscheinlichere Variante - wirst du meine Worte im Protokoll nachlesen. Im Juli 2009 hast du die Nachfolge von Brigitte Hänni angetreten. Die Fussstapfen deiner Vorgängerin waren nicht klein. Aber du hast die Herausforderung sportlich gemeistert. Herzlich danken möchte ich dir ebenso für deine engagierte Mitarbeit in der GPK Gesellschaft und Sicherheit seit Juni 2011. Ich wünsche dir viel neue Freizeit, lieber Michi. Merci vielmals.

Und nun, liebe Kolleginnen und Kollegen, kommen wir zu einem Urgestein des Rates. "Oldie, but goldie", wie man so schön sagt. Lieber René, vielleicht solltest du nun, da schon Peter Spuhler überraschend abtritt, doch noch ein Jahr anhängen. Aber auch bei dir ist es die leidige Zeitnot. Bei den Wahlen 1999 hast du deinen Sitz gemacht, vor einer halben Ewigkeit. Dein Amtsantritt datiert vom 1. Juni 1999. Seither hast du dich vielseitig interessiert und "gschaffig" gezeigt. Von 1999 bis 2011 hattest du Einsitz in der Fachkommission für Jugendfragen, warst bis 2006 Delegierter der Stadt im Verein für Jugend und Freizeit, der die "Molki" betrieben hat. Eine kurze gemeinsame Zeit hatten wir im Ratsbüro, dem du von 1999 bis

2011 angehört. Du warst während drei Jahren Mitglied der GPK Bau Werke, Umwelt und während über fünf Jahren Mitglied der Flurkommission. Des Weiteren hast du auch als Kommissionsmitglied in der parlamentarischen Spezialkommission zur rechtlichen Verselbständigung der städtischen Werkbetriebe mitgewirkt. Vielen herzlichen Dank René für deinen Einsatz. Und schön, dass du uns mit deiner Kompetenz wenigstens in der Fachkommission für Natur und Landschaft erhalten bleibst. Auch dir René ein grosses Merci für deine Arbeit im Rat!

Meine Damen und Herren, beide Gemeinderäte werden per 31. Oktober 2012 zurücktreten."

59

### **MOTION BETREFFEND BESOLDUNG DES STADTRATES; MÜNDLICHE BEGRÜNDUNG DURCH GEMEINDERAT PETER HAUSAMMANN**

**Gemeinderat Peter Hausammann:** "Ich bedanke mich für die freundliche, positive Aufnahme der Motion im Rat. Mitunterzeichner und Mitunterzeichnerinnen aus allen Fraktionen belegen, dass Handlungsbedarf besteht."

Die schriftliche Begründung steht seit der letzten Sitzung im Extranet zur Verfügung. Ich werde mich deshalb heute mündlich etwas kürzer fassen, unter Verweis auf die schriftlichen Notizen. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind.

Ich habe mir auch erlaubt, mit Fussnoten zu arbeiten, in der Hoffnung auf eine bessere Lesbarkeit und Verständlichkeit.

Anlass - aber nicht Ursache - für die Einreichung der Motion ist die Lancierung der Volksinitiative '200'000 Franken sind genug' durch den sogenannten 'Bund der Steuerzahler'. Über die Art und Weise, wie die Initiative propagiert wird, äussere ich mich nicht - das müssen die Initianten selber wissen.

Zum Inhalt ganz kurz: Dieser überzeugt nämlich nicht. Drei Punkte vorläufig dazu: Es reicht erstens nicht, einfach zwei Beträge als Maximallöhne in die Stadtverfassung hinein zu schreiben; die ganze Sache ist doch ein bisschen komplexer. Zweitens haben die geforderten Maximallöhne keinen Bezug zu den städtischen Löhnen. Es kann ja wohl nicht sein, dass die Stadträte, die Chefs und politischen Verantwortlichen, weniger verdienen als ihre engsten Mitarbeiter. Drittens ist der Vergleich mit grösseren Städten und damit insbesondere die Verknüpfung des Lohnes des Stadtammanns mit der Einwohnerzahl kaum der Weisheit letzter Schluss. Wie hoch wäre bei dieser Betrachtungsweise zum Beispiel wohl der Lohn eines Gemeindeammanns einer mittleren Thurgauer Gemeinde, zum Beispiel von Ermatingen (rund 2'900 Einwohner), von Diessenhofen (3'500), Egnach (4'300) oder Münchwilen (4'900)?

CH Chrappe und Hirne will die Diskussion mit dieser Motion versachlichen und in vernünftige Bahnen lenken.

Die Motion will zusammengefasst - und das ist der Grund, die Ursache für die Einreichung - eine saubere, transparente, umfassende Regelung der Besoldung des Stadtrats und des Stadtammanns und die Besoldung mit der städtischen Lohnstruktur verknüpfen.

Wichtigstes Ziel der Motion ist also dieser Systemwechsel. Es ist an der Zeit, auch in Frauenfeld die Löhne der Exekutive formal in einem einheitlichen, unbefristeten Erlass zu regeln und inhaltlich in die Lohnstruktur der Stadt einzufügen. Die aktuelle formale Regelung mit Einzelbeschlüssen, die mühsam zusammengesucht werden müssen, und Löhnen, die 'jährlich mit dem Voranschlag der Stadt zu sanktionieren' sind, ist unbefriedigend, unpraktisch sowie intransparent und meines Erachtens eine Zumutung für die Mitglieder des Stadtrats. Das haben sie nicht verdient, dass ihre Löhne jedes Jahr einfach so in Frage gestellt und immer wieder zum Politikum gemacht werden können.

Die Anbindung an das städtische Lohngefüge ist logisch, sachlich richtig, transparent und nachvollziehbar. Die Löhne müssen in Relation zu den Löhnen der Kadermitarbeiter der Stadt Frauenfeld definiert werden und nicht in Relation mit Angestellten des Kantons oder anderer Gemeinden oder mit dem Obergerichtspräsidenten.

Klar ist für uns, dass die Exekutivmitglieder grundsätzlich mehr verdienen sollen als die Angestellten der Stadt. Die Unterschiede zwischen dem höchsten aktuellen Lohn eines Angestellten und der Besoldung der nebenamtlichen Stadträte sowie zwischen den Besoldungen der nebenamtlichen Stadträte und der Besoldung des Stadtammanns werden mit der Motion nicht definiert, sondern offen gelassen. Sie sollen der Führungsverantwortung und der politische Leitungsverantwortung entsprechen. Darüber ist zu diskutieren.

Der Erlass soll eine vollständige Regelung der Besoldung des Stadtrats enthalten. Dazu gehört die Pensenregelung der nebenamtlichen Stadträte. Der bisherige Grundsatz, dass der Gesamtstadtrat die Aufteilung auf die einzelnen Mitglieder vornimmt, wobei die GPK Finanzen und Administration im Streitfall entscheidet, soll ausdrücklich festgeschrieben werden. Neu sollen auch zusätzliche Lohnbestandteile und der Umfang der Ablieferungspflicht von Entschädigungen klar geregelt werden. Dabei ist selbstverständlich die Nebenamtlichkeit gebührend zu berücksichtigen.

Falls die Motion erheblich erklärt wird - was ich natürlich hoffe - und die genannte Initiative zustande kommt, steht natürlich die Frage im Raum, ob die Motion bzw. der Besoldungserlass, der sich aus der Motion ergibt, allenfalls als Gegenvorschlag zur Initiative formuliert werden soll. Das ist formell durchaus möglich. Zwar liegt die Festsetzung der Besoldung des Stadtrats in der abschliessenden Kompetenz unseres Rates. Indessen kann der Gemeinderat nicht der obligatorischen Abstimmung unterliegende Geschäfte von sich aus der Gemeinde zum Entscheid unterbreiten. Ich stehe einer solchen Lösung offen gegenüber.

Für mich spielt es keine Rolle, auf welchem Weg wir zur geforderten überfälligen Besoldungsregelung kommen. Entscheiden über die Art und Weise, konkret über diese Frage, wird unser Rat auf Antrag des Stadtrats.

Damit habe ich bereits geschlossen. Vielen Dank."

**Gemeinderatspräsident Herbert Vetter:** "Wie bereits gesagt, ist dieses Geschäft auf die nächste Ratssitzung traktandiert und wir können dannzumal darüber diskutieren."

60

## **RAHMENKREDIT VON 9 MIO. FRANKEN ZUR BETEILIGUNG AN DER SWISSPOWER RE-NEWABLES AG UND AN KRAFTWERKEN FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN**

*Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung*

(Botschaft Nr. 15 des Stadtrates an den Gemeinderat vom 3. Juli 2012 mit Beilagen Abstimmungsbotschaft und separate Auflistung Chancen/Risiken)

**Gemeinderatspräsident Herbert Vetter:** "Für dieses Geschäft wurde Ihnen die stadträtliche Botschaft Nr. 15 mit der dazugehörenden Abstimmungsbotschaft Nr. 15a zugestellt. An dieser Stelle möchte ich Sie noch auf das lachsfarbene Papier der GPK Bau, Werke, Umwelt hinweisen. Es geht um einen Ergänzungsantrag, den wir bei der materiellen Beratung behandeln. Im Weiteren wurde festgestellt, dass in der Botschaft an den Gemeinderat bei den Anträgen der Antrag um Genehmigung der Abstimmungsbotschaft fehlt. Diesen Antrag werde ich bei der Beschlussfassung als Antrag 4 einfliessen lassen, der lautet: *Die Abstimmungsbotschaft an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wird genehmigt.* Dies ist aus meiner Sicht die einfachste und effizienteste Vorgehensweise und ich hoffe, dass Sie damit einverstanden sind.

Kommen wir nun zum Geschäft. Wie immer bitte ich Sie, die Rededauer von 10 Minuten einzuhalten und die Eintretensvoten sauber von der materiellen Beratung zu trennen."

### **Eintreten**

**Gemeinderat René Gubler,** Referent der Geschäftsprüfungskommission Bau, Werke, Umwelt: "Bei der vorliegenden Botschaft handelt es sich nicht nur volumenmässig, sondern auch in seiner Tragweite um ein grosses Geschäft. Wie es der Titel bereits sagt, sind darin zwei Teile enthalten, zum einen die Beteiligung an der Swisspower Renewables AG mit 450'000 Franken am Aktienkapital und zum andern für Projektfinanzierungen im Umfang von 8,55 Mio. Franken.

Mit diesem finanziellen Engagement wollen sich die Werkbetriebe Frauenfeld langfristig Strombezugsrechte für erneuerbare Energien von mindesten 20% des zukünftigen Strombedarfs sichern. Durch die Mehrlieferantenstrategie und die Eigenproduktion von Alternativenergie wollen die Werkbetriebe Frauenfeld die Versorgungssicherheit erhöhen und die Abhängigkeiten von Dritten reduzieren. Weiter wird diese Investition mit hoher Effizienz eingesetzt, er-

halten wir doch für 1 Mio. Franken Eigenkapital 18mal mehr Alternativenergie, wie bei den eigenen Wasserkraftwerken. Der Businessplan weist eine Eigenkapitalrendite von sehr guten 6,6% aus und durch die Beteiligung an mehreren Projekten kann kein Klumpenrisiko entstehen.

Nach den ausführlichen Erklärungen des Stadtammanns sowie der Herren Haas und Gemperle von den Werkbetrieben wurde in der GPK über Grundsätzliches diskutiert. So kam es zur Diskussion, ob es Aufgabe der Werbetriebe sei, aktiv in die Produktion von Energie einzusteigen. Dies wurde als zwingend betrachtet, wenn die Energiewende aktiv angegangen werden soll, da der momentane Zertifikatshandel zunehmend schwieriger werde. Weiter wurde die Investition und die Abhängigkeit vom Ausland kritisiert. Diese sei heute mit den fossilen Energieträgern viel grösser und zweitens wäre ein solch grosses Potential für Wind- und Wasserkraft in der Schweiz gar nicht vorhanden. Sehr intensiv wurden die verschiedenen Risiken diskutiert. Was würde im schlechtesten Fall passieren? Mittels den detaillierten Ausführungen in der Botschaft wurden die verschiedensten Bedenken, was Finanzierung und Betrieb betreffen entkräftet.

Das Eintreten wurde anschliessend mit 4 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen beschlossen."

**Gemeinderat Stefan Geiges:** "Ich spreche zum Eintreten im Namen der CVP/EVP-Fraktion.

Der Stadtrat unterbreitet uns eine Botschaft über einen Rahmenkredit von 9 Mio. Franken für eine Beteiligung an Kraftwerken für erneuerbare Energien über die Swisspower Renewables AG. Wir danken dem Stadtrat für die transparente Darstellung der Absicht und das detaillierte Zahlenwerk. Wir anerkennen die ehrliche Absicht des Stadtrates für ein weiteres politisches Signal für die Energiewende. Mit der Beteiligung will der Stadtrat die neuen erneuerbaren Energien weiter fördern. Eine Beteiligung an dieser Gesellschaft, die von 20 Städten gebildet wird, soll die Stellung der Städte in der Schweizer Energiepolitik stärken. Immerhin ist Frauenfeld auch Mitglied von zwischenzeitlich 300 Schweizer Energiestädten.

In unserer Fraktion wurde diese Botschaft intensiv durchberaten, und wir sind innerhalb der CVP/EVP-Fraktion geteilter Meinung. Eine Diskussion finden wir aber wichtig, und deshalb beantragen wir einstimmig Eintreten. In der Detailberatung werden wir die einzelnen Standpunkte darlegen."

**Gemeinderat Mathias Frei:** "Ich spreche für die Fraktion SP/GWB/Juso zum Rahmenkredit betreffend Beteiligung an der Swisspower Renewables AG. Das Eintreten zu diesem Geschäft war in unserer Fraktion unbestritten.

Meine Damen und Herren, bei der vorliegenden Botschaft stellt sich die Frage nach dem 'Füüfer' und dem 'Weggli' oder wie ein geschätzter Slampoetry-Kollege aus dem nahen Müllheim einst zu verlautbaren wusste: 'Aber gratis giits nüüt'. Und dies in zweierlei Hinsicht.

Unsere Fraktion steht klar zur geplanten Energiewende. Die Stadt Frauenfeld hat mit dem Zukauf von Energiezertifikaten der Schweizer Wasserkraft bis 2014 einen ersten Schritt gemacht. Was danach kommt, wissen zurzeit nur die Götter. Deshalb liegt es nun an uns, sich

aktiv um den nächsten Schritt zu bemühen, indem wir diesem Rahmenkredit über 9 Mio. Franken zustimmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir und allen hier im Saal Anwesenden wäre es wohl am liebsten, wenn wir in Frauenfeld vollumfänglich lokal oder regional hergestellten Strom nutzen könnten. Gewiss wäre noch ein Ausbau möglich. Über das Ausmass dieses Ausbaus im Bereich der Solarenergie können sich an anderer Stelle gerne wieder die Kollegen Schmid und Herzog streiten, denn das steht zumindest heute nicht zur Debatte. Fakt ist, dass die Stadt Frauenfeld ihren erneuerbaren Energiebedarf aktuell nicht autark, also aus regionalen oder lokalen Anlagen decken kann. Deshalb müssen wir nun aktiv werden und nach Lösungen suchen, die uns auch noch lieb und teuer sind.

Mit den Energiezertifikaten ist das halt so eine Sache. Der Stadtrat hat es schon in der Botschaft angetönt. Solche Zertifikate sind zur Förderung von erneuerbaren Energien und zur Herbeiführung der Energiewende nur passive Instrumente und in dem Sinn auch verhältnismässig wenig nachhaltig. Als Zertifikatekäufer muss man reagieren, aber kann nicht agieren.

Mit der geplanten Beteiligung an der Swissspower Renewables AG wird sich der Handlungsmodus ändern. Wir werden zu Mitbesitzern von Anlagen zur Produktion von erneuerbarer Energie, in der Schweiz und im nahen Ausland. Den 'Füüfer' und das 'Weggli' gibt es halt eben noch nicht. Das heisst: möglichst viele saubere Kilowattstunden pro investiertem Franken und gleichzeitig Anlagen vor der Haustür.

Unsere Fraktion ist aber zurzeit schon mit dem 'Füüfer' zufrieden. Lohnenswert angelegt, kann man sich mit dem 'Füüfer' dereinst eine Bäckerei kaufen und ganz viele 'Weggli' essen. Und wir sind uns sicher, dass der Aktienkapitalanteil und die daraus folgenden Projektinvestitionen eine nachhaltige Anlage sein werden.

Zudem kommen uns die Investitionskriterien der Swissspower Renewables AG im Grossen und Ganzen zugute. Die Risiken sind durch die geballte Fachkompetenz sehr niedrig gehalten. Einzig beim Aspekt der Technologie vergiessen wir eine kleine Träne, da ausschliesslich Wasserkraft- und Onshore-Windkraftprojekte akquiriert werden sollen. Es gäbe ja auch noch andere erneuerbare Energietechnologien.

Das Abwägen und Werten von einzelnen 'sauberen' Energien wollen wir hier und jetzt aber nicht zur Diskussion stellen.

Tun Sie sich und der Stadt Frauenfeld etwas nachhaltig Gutes und geben Sie der Botschaft Ihre Zustimmung."

**Gemeinderat Jörg Schläpfer:** "Ich spreche im Namen der Fraktion FDP/SVP/EDU. Die Fraktion hat intensiv über die Beteiligung an der Swissspower Renewables AG diskutiert. Eine Beteiligung an der Renewables AG wäre eine plausible Fortsetzung der seit vielen Jahren bestehenden Kooperation mit der Swissspower Gesellschaft.

Aus diesem Grund hat die Fraktion Eintreten beschlossen."



**Gemeinderat Heinrich Christ:** "Ich spreche im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP.

Die Energiepolitik der Zukunft muss - wie auch in der Botschaft angedeutet - an *unterschiedlichen* Orten ansetzen. Auf der Angebotsseite geht es darum, *erneuerbare* Energiequellen nutzbar zu machen und auf besonders belastende Quellen zu verzichten. Auf der Nachfrageseite geht es darum, effizienter *und* sparsamer zu werden. Insgesamt braucht es mehr als eine oder zwei Massnahmen: Die politischen Grundlagen der Energieversorgung von morgen müssen Puzzlestück für Puzzlestück aneinander gereiht werden.

Die heute zur Diskussion stehende Vorlage ist ein solches Puzzlestück, über das wir gerne diskutieren. In diesem Sinn sind wir für Eintreten."

Aufgrund der Voten stellt der **Ratspräsident** fest, dass Eintreten unbestritten und somit stillschweigend genehmigt ist.

### **Materielle Beratung**

**Gemeinderat René Gubler**, Referent der Geschäftsprüfungskommission Bau, Werke, Umwelt: "Da ich bereits beim Eintreten auf einige Punkte eingegangen bin, gibt die materielle Beratung von meiner Seite her nicht mehr sehr viel zu diskutieren.

Allerdings wurde einstimmig beschlossen, dass die Abstimmungsbotschaft auf Seite 6 ergänzt wird. Dazu haben Sie mit der Einladung, wie bereits erwähnt, ein lachsfarbenes Papier erhalten.

Den stadträtlichen Anträgen auf Seite 13 der Botschaft Nr. 15 wurden mit 4 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen zugestimmt und somit diese zur Annahme empfohlen."

**Gemeinderat Marcel Epper:** "Ich spreche im Namen der Mehrheit der Fraktion CVP/EVP, die dem vorliegenden Geschäft materiell zustimmt. Basierend auf der stadträtlichen Botschaft und den ergänzenden Informationen aus der Beratung in der GPK sind für uns die nachfolgenden Überlegungen ausschlaggebend für die Zustimmung zum beantragten Rahmenkredit.

1. Wenn es uns mit Begriffen wie 'nachhaltige Energieversorgung', 'Ausstieg aus der Kernenergie', 'Förderung erneuerbarer Energien' und 'Versorgungssicherheit' tatsächlich ernst ist und diese Schlagworte nicht nur leere Worthülsen bleiben sollen, dann müssen wir den Worten auch Taten folgen lassen. Solche tiefgreifende Veränderungen, wie sie zurzeit augenscheinlich in der Energiepolitik im Gange sind, sind nicht gratis zu haben und immer mit einem zusätzlichen Aufwand verbunden, der auch Unsicherheiten beinhaltet. Wenn wir aber nicht bereit sind, uns aktiv zu engagieren und vertretbare Risiken einzugehen, werden wir die angestrebten Ziele, wie sie auch im Energierichtplan enthalten sind, nicht erreichen.

2. Heute beziehen wir den Strom zur Hauptsache vom EKT und haben praktisch keinen Einfluss auf die hierbei gewählte Strategie bei der Energiebeschaffung, sei dies beim EKT oder bei der Axpo. Diese kann beispielsweise mit mehr oder weniger Risiko nach eigenem Gutdünken in Projekte im In- und Ausland investieren, ohne dass wir hierzu befragt würden oder dies verhindern könnten. Mit der angestrebten Beteiligung an Swispower Renewables AG definieren wir dagegen von Anfang an eine klare und ausschliessliche Ausrichtung in risikoarme Onshore Windpark- und Wasserkraftanlagen in Europa. Gleichzeitig werden wir durch diesen zusätzlichen Anbieter flexibler bei der Energiebeschaffung. Mit dieser Mehrlieferantenstrategie erhöhen wir somit die Versorgungssicherheit, reduzieren die Abhängigkeit von EKT und AXPO und gewinnen an Selbstbestimmung im Verbund mit den weiteren Stadtwerken, welche sich an dieser AG beteiligen und gemeinsam als starker Player auftreten können.
3. Wie wir der stadträtlichen Botschaft entnehmen können, beteiligen wir uns mit einem Aktienkapital von 450'000 Franken oder 5,5% an der genannten AG. Die restliche Kreditsumme bis maximal 8,55 Mio. Franken wird in verschiedene konkrete Projekte der Swispower Renewables AG investiert, wobei der Investitionsanteil unserer Werkbetriebe pro Einzelprojekt wiederum bei 5,5% liegt. Damit verhindern wir ein Klumpenrisiko bei einer einzelnen Projektfinanzierung. Verwaltungsrat und Lenkungsausschuss als aus unserer Sicht kompetent zusammengesetztes Fachgremium haben sodann dafür zu sorgen, dass die vereinbarten Investitionskriterien eingehalten werden. Die beteiligten Stadtwerke als Eigentümer der AG haben jederzeit die Möglichkeit, von den Organen Rechenschaft über die Projektstätigkeit zu verlangen und gegebenenfalls Kurskorrekturen in der gewählten Strategie einzufordern. Mit all diesen Massnahmen und Mechanismen, wie sie in der Botschaft im Einzelnen beschrieben sind, werden die operativen und finanziellen Risiken meiner Meinung nach auf ein vertretbares Mass reduziert. Abgesehen davon beschränkt sich das finanzielle Haftungsrisiko unserer Werkbetriebe im schlechtesten Fall auf das investierte Kapital.
4. Selbstverständlich ist es wünschens- und erstrebenswert, in erster Linie in Projekte in der Schweiz zu investieren. Diesbezügliche Analysen haben nach heutigem Kenntnisstand aber gezeigt, dass in der Schweiz aus den verschiedensten Gründen zu wenig Potential vorhanden ist, um die angestrebte Energiewende allein im Inland auch tatsächlich zu verwirklichen. Mit anderen Worten bleibt uns gar nichts anderes übrig, als auch in Projekte im Ausland zu investieren. Die in der Botschaft hierzu wiedergegebenen Investitionskriterien sind dabei sehr restriktiv und beschränken das Risiko einer solchen Auslandsinvestition massgeblich. Beispielsweise müssen solche Projekte ausschliesslich in Europa liegen und es darf einzig in Onshore Anlagen investiert werden. Im Weiteren sind die zu beachtenden Risiken und Abhängigkeiten bezüglich der Transportnetze vom Ausland in die Schweiz nicht anders oder grösser, als diese schon heute beim Öl und beim Gas bestehen. Bei einer realistischen Betrachtungsweise bleibt uns wohl gar nichts anderes übrig, als zusätzlich auch in Projekte im Ausland zu investieren. Die mit einem solchen Auslandsengagement verbundenen Risiken sind unserer Ansicht nach vertretbar, damit wir die angestrebten Energieziele erreichen.
5. Der in der Botschaft beschriebene Skaleneffekt, die Risikominimierung durch Beteiligung an mehreren Projekten und zusätzlich die Tatsache, dass sich bereits mehrere und auch grosse Stadtwerke finanziell beteiligt haben, sind weitere Gründe für eine Zustimmung zum beantragten Rahmenkredit. Halten wir uns zum Schluss noch einmal vor Augen,

welches Ziel wir erreichen wollen. Mit der Beteiligung an der Swisspower Renewables AG sichern sich die Werkbetriebe Frauenfeld ein Strombezugsrecht im Umfange von mindestens 20% unseres künftigen Strombedarfs mittels erneuerbarer Energie aus Wind und Wasser. Hierfür einen Rahmenkredit von 9 Mio. Franken einzusetzen, ist richtig und im Rahmen der angestrebten Energiewende zukunftsgerichtet.

Aus den genannten Gründen stimmt die Mehrheit unserer Fraktion den Anträgen gemäss Botschaft zu und ich bitte Sie, geschätzte Ratskolleginnen und -kollegen, gleiches zu tun."

**Gemeinderat Heinrich Christ:** "Ich spreche nochmals im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP. Nun komme ich zum Geschäft in materieller Hinsicht.

Vorab eine Bemerkung zur Botschaft in stilistischer Hinsicht: Die zur Behandlung stehende Botschaft ist sprachlich nur schwer verständlich. Das es besser geht, zeigt die Abstimmungsbotschaft zum selben Thema. Sie bringt den gleichen Sachverhalt sehr viel klarer zur Sprache.

Ich habe davon gesprochen, dass unsere Energiepolitik oder unsere Energiezukunft Puzzlestück für Puzzlestück zusammen gebaut werden müssen. Heute reden wir über ein wichtiges Puzzlestück. Wir begrüssen es, dass ein substantieller Betrag in erneuerbare Energien investiert werden soll! Ein vernünftiger Schritt in die richtige Richtung! Sehr erfreulich auch, dass es sich um einen Schritt mit unmittelbarer Wirkung handelt. Sie erinnern sich an das lachsfarbene Papier. Der erste Windpark steht bereits und ist bereits im Besitz dieser Firma.

Es bleiben trotz allem zwei Bedenken:

1. Die Swisspower Renewables beschränkt sich auf wenig innovative Investitionen - Off-shore-Windanlagen, Geothermie und Solarenergie sowie Entwicklungsprojekte sind ausgeschlossen. Ebenso werden Investitionen in Ländern mit grossem Energieoptimierungspotential, etwa Griechenland oder aussereuropäischer Länder, nur am Rande oder gar nicht ins Auge gefasst. Das mag im Hinblick auf die Risiken sinnvoll sein - Innovationsschübe sind mit dieser Investition sicherlich so keine zu erwarten, was irgendwie schade ist!
2. Die Stadt Frauenfeld muss sich überlegen, wie sie als Miteigentümerin der Swisspower Renewables die Entwicklung dieses Unternehmens mitsteuern und kontrollieren kann. Sie muss aktiv auf die Verwaltungsräte Einfluss nehmen und eine verhandlungssichere und kompetente Person in den erwähnten Lenkungsausschuss entsenden. Sagenhafte Versprechungen von Fantasie-Renditen von über 7% (Botschaft Seite 11) lassen ein aktives Controlling als umso notwendiger erscheinen!

Unter dem Strich ist eine Mehrheit unserer Fraktion für die Vorlage. Wenn wir der Vorlage zustimmen, möchten wir gleichzeitig mit Nachdruck festhalten, dass es sich hierbei lediglich um *ein* Puzzlestück einer umfassenden Energiepolitik handeln kann. Neben dieser Investition brauchen wir weitere Puzzlestücke, die *finanziell ebenso so bedeutsam sind*. Sie müssen sich:

1. mit dezentraler Energiegewinnung in der Region;
2. Effizienzsteigerung (etwa bessere Umwälzpumpen in unseren Heizungen!);

### 3. und Energiesparen im Sinne von Verzichten beschäftigen!

Dieses Energiespiel geht über mehrere Runden. In diesem Sinne gilt: Nach dem Spiel ist vor dem Spiel!

Die Botschaft an den Gemeinderat, die auf Seite 9 der Frauenfelder Energiegewinnung mittelfristig ein Potential von lediglich 2% zugesteht und das Potential von Energiesparen gar nicht erst mit einrechnet, lassen hier noch Zweifel aufkommen. Wir hoffen künftig auf etwas mehr energiepolitische Zuversicht und offensiveres Denken seitens der Verantwortlichen, aber auch aller Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt. Dem Stadtrat, den Werkbetrieben und eben der ganzen Bevölkerung wünschen wir in diesem Sinn viel Erfolg beim weiteren Lösen des Energiepuzzles! Nach dem Spiel ist vor dem Spiel."

**Gemeinderat Jörg Schläpfer:** "Ich spreche im Namen der Fraktion FDP/SVP/EDU. Eine knappe Mehrheit der Fraktion hat sich gegen die Beteiligung ausgesprochen.

Eine Beteiligung an der Swisspower Renewables AG würde es Frauenfeld erlauben, einen beträchtlichen Anteil von zirka 20% des Stromverbrauches als Eigentümer auch selbst zu produzieren. Diese Strommenge würde mit einem Investment von maximal 9 Millionen Franken produziert werden, was einer sehr, sehr hohen Stromleistung pro investiertem Franken entspricht. Zudem stammt der Strom auch aus erneuerbarer Energie. Wie ist all das möglich? Swisspower Renewables AG investiert in die erfolversprechendsten Wasser- und Onshore-Windgrossprojekte in Kontinentaleuropa. Die Auswahl der Projekte ist vorsichtig. Zudem setzt Swisspower Renewables AG für jeden eigenen Franken nochmals drei Franken Fremdkapital ein, was einen sehr grossen Hebel ermöglicht. Die Stromerträge der Projekte selbst sind ziemlich gut vorhersehbar. Auch weil kein eigenes Know-how aufgebaut werden muss, ist Swisspower Renewables AG ein erfolversprechendes Projekt zur Stromproduktion aus erneuerbarer Energie.

Mit der Beteiligung würde Frauenfeld einen aktiven Beitrag zur Energiewende leisten. Frauenfeld unternimmt ja einiges, um die Energiewende zu meistern. Unter anderem fördert der städtische Fonds zur Förderung von erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz jedes Jahr mit 1 Mio. Franken. Die Hälfte davon ist für Projekte der Stadt reserviert. In Artikel 2 ist explizit festgehalten, dass der Anteil der Stadt auch in die Beteiligung an Anlagen zur Erzeugung von erneuerbarer Energie investiert werden kann, und diese können gemäss der Diskussion im Gemeinderat auch ausserhalb der Stadt liegen. Zweck des Fonds ist die Produktion erneuerbarer Energie. Und genau dies geschieht über die Beteiligung der Stadt an der Swisspower Renewables AG. Falls Rat und Volk dem Projekt zustimmen, rufe ich folglich die zuständige stadträtliche Kommission auf, welche über den jährlichen Einsatz der Gelder vom Anteil der Stadt entscheidet, jeweils ernsthaft zu prüfen, ob der effizienteste und sinnvollste Einsatz der Mittel eine Beteiligung bei Swisspower Renewables AG oder ein anderes Projekt ist. Persönlich kann ich mir gut vorstellen, dass immer wieder einmal ersteres der Fall sein wird.

Das ist Zukunftsmusik, nun zurück zur Gegenwart: In der jetzigen Situation bezieht Frauenfeld Strom über das EKT. Die Versorgungssicherheit ist gewährleistet. Zudem besteht die Möglichkeit, Strom aus erneuerbaren Energien zu beziehen. Dies ist derzeit bei Frauenfeld zu 100% der Fall durch Wasserzertifikate - und solche Möglichkeiten wird es auch künftig ge-

ben. Ob der Strompreis durch eine Beteiligung an der Swisspower Renewables AG für die Frauenfelder günstiger oder teurer sein wird, ist schwierig vorauszusagen. Die Zukunft wird es zeigen, je nach Geschäftserfolg oder Beteiligung, was wiederum abhängig ist von Gesteungskosten, Förderungsbeiträgen, Betriebskosten etc. Aber für die Werkbetriebe Frauenfeld werden die Stromeinkaufskosten von der Swisspower Renewables AG ähnlich sein, wie für den Strom, den sie von anderen Lieferanten bezieht, denn Frauenfeld würde sich mit einer Beteiligung das Recht auf Strom sichern. Bezahlen würde sie ihn aber dann zu den Preisen, welche Swisspower Renewables AG am Markt anbietet und Marktpreise ähneln sich ja. Was sich aber ändert für die Stadt Frauenfeld ist, dass sie ein gewichtiger Produzent von Strom wäre. Damit trägt Frauenfeld auch das unternehmerische Risiko dieser Stromproduktion selbst mit. Nur die Zukunft wird zeigen, ob dieses ein erfolgreiches Investment sein wird oder nicht. Eine knappe Mehrheit unserer Fraktion findet auf jeden Fall, dass Frauenfeld diese Risiken nicht selbst schultern soll, zumal es sich um grosse Geldbeträge in einer sich wandelnden Branche handelt, die überdies nicht vor Ort investiert werden. Schliesslich ist der risikoarme Umgang mit Staatsgeldern ein äusserst wichtiges Ziel der Stadt und das primäre Ziel der Werkbetriebe die zuverlässige Versorgung der Bevölkerung mit preiswertem Strom. Und das geschieht auch ohne Beteiligung bei der Swisspower Renewables AG. Auch so wird Frauenfeld zuverlässig Strom beziehen können, falls gewünscht auch aus der Produktion mit erneuerbarer Energie.

In der Fraktionssitzung wurden die drei Anträge mit 6 zu 8 Stimmen abgelehnt."

**Gemeinderat Stefan Geiges:** "Ich spreche nicht für eine Mehrheit, sondern eine Minderheit der CVP/EVP-Fraktion. Zuerst einige allgemeine Standpunkte: Bundesrat und Parlament haben im letzten November den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie im Grundsatz beschlossen. Seit dem letzten Freitag wissen wir, wie sich der Bundesrat diesen Ausstieg konkret vorstellt. Wir wissen aber auch, dass er mindestens 30 Milliarden Franken kosten wird und eine Strompreis-Erhöhung von einem Drittel bedeuten kann."

Die Stadt Frauenfeld hat im vergangenen Jahr die Weichen für diese Energiewende bereits gestellt. Sie engagiert sich für Kleinwasserkraftwerke. Seit Neujahr beziehen wir ausschliesslich zertifizierten Strom aus Wasserkraft, nämlich vom Laufkraftwerk Beznau von der Axpo - theoretisch also keinen Atomstrom mehr. Und in Zukunft stehen Projekte im Solarbereich und bei der Energieeffizienz auf dem Programm. Wir, eben diese Minderheit der CVP/EVP-Fraktion, anerkennen diese breiten Bestrebungen ausdrücklich und sprechen dem Stadtrat ein Kompliment für seine Energie und sein Augenmass aus.

Frauenfeld ist ja seit der Gründung von Swisspower im Jahr 2000 - damals noch 'Swiss City Power' - ein Mitglied des Städteverbunds. 2010 ist das mit Abstand grösste Mitglied - das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (EWZ) - aus Swisspower ausgetreten. Das EWZ mit eigenen Wasserkraftwerken in Graubünden und namhaften Beteiligungen an Schweizer Atomkraftwerken ist gross genug und hat inzwischen profunde Erfahrungen im europäischen Strommarkt.

Dies trifft auf mittlere und kleine Städte nicht zu. Darum hat die Swisspower eine eigene Gesellschaft gegründet mit dem Ziel, Beteiligungen an Anlagen für erneuerbare Energien auf mehrere Städte aufzuteilen. Das Gründungskapital wird 4.7 Mio. Franken betragen. Die Beteiligungssumme wird auf maximal 163,2 Mio. Franken steigen. Das kann ein Investitionsvo-

lumen von 600 bis 815 Mio. Franken auslösen. Die Mittel werden zu 50 bis 80% auf dem Kapitalmarkt aufgenommen. Und beteiligen will man sich in erster Linie an Wasserkraft- und Windenergie-Projekten im In- und Ausland (Europa).

Lassen Sie mich eine Abwägung machen. Was ist positiv zu werten:

- Mit der Beteiligung bekräftigt der Stadtrat die Absicht, neue erneuerbare Energien (NEE) zu fördern.
- Das Projekt ist ein wichtiges politisches Signal mit Blick auf die vom Bundesrat und dem Parlament beschlossene Energiewende.
- Es stärkt zudem die Stellung der Städte als Vorreiter für ökologische Energieprojekte.
- Der Verzicht auf Beteiligungen an Solarkraftwerken ist aus verschiedenen Gründen, insbesondere ökologischen, sowie der Energie-Wertigkeit auch zu begrüssen.
- Solche Beteiligungen können bei Erfolg sehr gute Gewinne abwerfen.
- Ein weiterer positiver Punkt ist, dass die Botschaft des Stadtrates sehr transparent ist und auf einem sehr detaillierten Zahlenwerk beruht.

Was sind die negativen Punkte:

- *Ist das Erstellen von Kraftwerken im Ausland eine Aufgabe unserer Stadt?*  
Kann es die Aufgabe einer Stadt mit rund 22'000 Einwohner sein, im 'Energieslot' mitzuspielen? Nach unserer Ansicht ganz klar Nein!
- *Wir haben bereits mehrere Firmen, die uns, also dem Volk gehören.*  
Diese Unternehmungen wie das EKT, welches das Leitungsnetz betreibt oder die Axpo übernehmen bereits diese Aufgabe für uns. Woher kommt die Einschätzung, dass wir dies besser können als die Unternehmen, die bereits viel Erfahrung im europäischen Markt haben? Oder anders, wollen wir Konkurrenz innerhalb unserer eigenen staatlichen Institutionen?
- *Auch klar limitierte Risiken bleiben eben Risiken.*  
Neben den Fragen, wer haftet für einen Totalausfall oder wie hoch ist das Risiko bei den Investitionen, gibt es noch ein paar andere Risiken abzuschätzen:
  - *Baukosten:* Finden wir im Ausland gute Partner, die uns garantierte Baukosten inkl. Swiss Qualität liefern?
  - *Energiepreise:* Die erzielten Preise sind keine Entstehungskosten, sondern Marktpreise! Sind unsere Vertreter genügend gute Spieler im 'Energieslot'?
  - *Subventionen:* Erhalten wir diese garantiert und nicht nur für die nächsten Jahre? Sind die Staaten genug stabil? Was, wenn die Euro-Krise nicht alle überstehen? Bei-

spiele für eine Instabilität ist sicher Griechenland, aber auch Polen. In Ungarn und Rumänien sind dem Konzern Alpiq die Stromverträge über Nacht gekündigt worden - Abschreiber zirka 2 Milliarden Franken!

- *Abnahme des Stroms:* Wie zuverlässig sind unsere Partner? Bei guter Wirtschaftslage ist dies sicher kein Problem. Bei schlechter Wirtschaftslage sieht man am Beispiel des Gaskraftwerkes von Axpo bei Neapel, was heraus kommt. Dieses produziert kaum mehr Strom und wenn, dann nur noch als Spitzenstrom-Lieferant.
- *Die AG als Risiko:*  
Unser Einfluss innerhalb dieser AG ist äusserst gering. Solche grossen AGs haben schon öfters übers Ziel geschossen. Hier müssen einmal mehr unsere Banken wieder einmal als Beispiel herhalten. Woher nehmen wir die Gewissheit, dass auch unsere AG diese Fehler nicht machen wird? Sicher nicht in den ersten 10 Jahren und wie sieht es in 20 oder 30 Jahren aus?
- *Besetzung dieser AG aus Sicht von Frauenfeld:* Werden wir immer genug gutes und auch fachliches kompetentes Personal innerhalb des Stadtrates oder der Werkbetriebsleitung haben, um im technischen Steuerungsausschuss das Richtige zu tun? Jetzt ja - und in 20 Jahren?
- *Für wen werden wir Strom produzieren?*  
Macht es Sinn, Strom, der im Ausland produziert wird - dies kaum CO<sub>2</sub>-neutral - in die Schweiz zu transportieren!
- *Politik:*  
Wenn wir in unserer Stadt weiterhin so fleissig AGs gründen, besteht dann nicht auf einmal Gefahr, dass wir mit unserem 120 Mio. Franken Budget nur noch kleine Brötchen backen? Dies ist sicher allen recht, solange die Brötchen gut rentieren! Und hat nicht auch unsere Diskussion im Rat dazu geführt, was heute in Sachen erneuerbarer Energie in unserer Stadt besteht. In Zukunft kann dieses Thema so erledigt werden: Unsere AG hat so viele Mio. Franken in ein Wasserkraftwerk oder Windkraftwerk in Bayern oder sonst wo investiert. Wollen wir das? Will das unser Volk? Man wird sehen!

Für einen leider kleinen Teil der CVP/EVP-Fraktion überwiegen die negativen Punkte zu sehr!

*Noch eine Bemerkung zur Ökologie:*

Windstrom ist bis zur Stromklemme bei der Turbine fast CO<sub>2</sub>-neutral. Doch im Netz kann sich das schlagartig ändern. Bei Windstille wird die ausfallende Leistung in Nordbayern durch Kohle- und Atomkraftwerke - unter anderem aus Tschechien - ausgeglichen. Und über den Mittag fluten bei Sonnenschein deutsche Solaranlagen das Netz, so dass sogar Windkraftwerke stillgeschaltet werden müssen. Wie sicher bleiben Renditen in einer dermassen unsicheren Energielandschaft?

Insgesamt finden wir also, Hände weg von Investitionen im Ausland. Wenn unsere eigene Schweizer Energiewende mehr als 30 Milliarden Franken kosten soll, bieten sich bei uns genügend Beteiligungsmöglichkeiten an. Es sind Beteiligungen an bestehenden Schweizer Was-

serkraftwerken möglich - auch solche in den dringend nötigen Ausbau unserer Netze und schliesslich auch an Unternehmen, die sich der Energieeffizienz widmen.

Weil es sich beim Auslands-Engagement um einen zentralen Punkt des Beteiligungsvertrags handelt, beantragen wir Ablehnung der Vorlage. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit."

**Gemeinderat Robert Zahnd:** "Ich bitte Sie, den Rahmenkredit sowie die Beteiligung abzulehnen. Windkraft ist grundsätzlich etwas Gutes, da bin auch ich einverstanden. Unser Energiebedarf wird mit 60% Wasserkraft und mit 40% Atomstrom gedeckt. Wir reden also nur von diesen 40%.

Bis heute haben wir in der Schweiz unseren Energiebedarf zu 100% abgedeckt, nun sollen wir, mit sogenannt eigenen Anlagen im Ausland glücklich werden. Mit dem Atomausstieg bin ich auch einverstanden. Aber nur, weil vier Frauen in Bern einen unmöglichen Zeitplan beschlossen haben, müssen wir nicht vom Ausland abhängig werden. Wir können auch in der Schweiz Windkraft produzieren. Dazu müssen aber alle mithelfen, auch die Umweltverbände. Diese verhindern bis heute aber laufend Projekte bei Wind- und Wasserkraft. Nun schieben wir den 'Schwarzen Peter' dem Ausland zu. Um diese Landschaften ist es anscheinend nicht zu schade - das kann uns ja egal sein. Wir machen also weiter mit unserer faden-scheinigen Umweltpolitik. Auch in der Landwirtschaft produzieren wir in der Schweiz mit hohen Umweltauflagen, die ja eigentlich schon richtig sind. Mit der Einfuhr von billigem Fleisch, zum Beispiel aus Brasilien, unterstützen wir aber gleichzeitig die Abholzung im Amazonasgebiet.

Auch Deutschland will von der Atomenergie weg und baut auf erneuerbare Energie. Laut einer Studie ist Deutschland aber noch lange auf Gas- und Kohlekraftwerke angewiesen. Auch hier unterstützen wir also die fossile Energie indirekt, indem wir ihnen den Strom von Windkraftanlagen wegkaufen.

Laut Aussagen unseres Stadtammanns könnten vom gesamten Strombedarf in der Schweiz 15% Wind - und Wasserkraft relativ rasch zusätzlich gewonnen werden. Wir wären dann bei 75% erneuerbarer Energie. Diese 75% reichen mir im Moment vollends. Wir forschen ja weiter bei der Geothermie und bei der Atomkraft. Natürlich ist es eher unwahrscheinlich, ein neues Atomkraftwerk in der Schweiz zu erstellen, wenn aber die Technologie grosse Verbesserungen bringt, soll man sich auch hier nicht ganz verschliessen. Es sind ja nicht nur die A-Werke, die Uranabfall produzieren - nur von der Medizin spricht man nicht.

Im Moment sind über 50 Atomkraftwerke im Bau. Man darf also nicht so tun, die Schweiz sei der einzige Staat, der zur Überbrückung, bis andere Technologien 100% abdecken können, auf Atomstrom setzt. Auch dünkt es mich komisch, dass eine Windkraftanlage die Rendite abwerfen soll, verkauft wird. Will diese Firma einfach nur weitere Anlagen bauen oder nie auf veralteten Anlagen sitzen bleiben?

Meine Damen und Herren, im Ausland Energie zu kaufen, ist scheinheilige Umweltpolitik. Ich stimme mit Überzeugung Nein zu dieser Vorlage."



**Gemeinderätin Verena Herzog:** "Zuerst danke ich Gemeinderat Christ für sein differenziertes, aber schlussendlich aus meiner Sicht leider etwas mutloses Votum, und Gemeinderat Geiges für die sorgfältige Abwägung der Vor- und Nachteile. Vielen Dank.

Ausstieg aus der Kernenergie, davon träumen viele. Reduktion der Kernenergie ist realistisch. Aufgabe der Werkbetriebe Frauenfeld ist es, für sicheren und bezahlbaren Strom zu sorgen.

Natürlich bin ich einverstanden mit den Argumenten des Stadtrats, dass weder Ausstieg noch Reduktion der Kernenergie passiv durch einen Zertifikats-Zukauf ermöglicht wird. Auch würde diese, ich wage zu sagen, zwar schön klingende, aber doch eher Alibiübung gar nicht funktionieren, wenn alle nur noch Wasserstrom beziehen möchten.

Doch dass die Werkbetriebe der Stadt Frauenfeld 9 Mio. Franken ausgerechnet in eine Firma im Euroraum, die auf Wind- und Wasserkraft setzt, investieren sollen, ist nicht nachvollziehbar.

Erstens ist die Windenergie immer noch sehr umstritten und der Wasserstrom wenig effizient.

Zweitens soll in die Energieproduktion der Schweiz und nicht in Deutschland und Italien investiert werden.

Drittens geht diese Forderung eines Rahmenkredits von 9 Mio. Franken in erneuerbare Energien völlig an der Frauenfelder Bevölkerung vorbei. Es kann doch nicht sein, dass nur 2% der Frauenfelder Stromkunden oder 270 Frauenfelderinnen oder Frauenfelder bereit sind - ich habe mich bei den Stadtwerken erkundigt -, einen persönlichen Strom-Mix mit Naturstromprodukten zu beziehen und das, obwohl dieses Angebot bereits seit acht Jahren besteht - und wir im Gemeinderat im Gegensatz die 98% der Stromkunden dazu verknurren, mit ihren Steuern 9 Mio. Franken in erneuerbare Energien im gesamteuropäischen Raum zu investieren.

Allfällige Investitionen sind in erster Linie in der Energieeffizienz, in die notwendigen Leitungsnetze sowie Speichermöglichkeiten zu tätigen oder wenn schon, in erneuerbare Energien - das wurde sehr oft gesagt - vor Ort zu investieren.

Statt Investitionen erwarten jedoch die Frauenfelder Stimmbürgerinnen und Stimmbürger viel eher eine Senkung der Stromtarife.

Der Rahmenkredit von 9 Mio. Franken ist klar abzulehnen."

**Gemeinderat Stefan Leuthold:** "Ich spreche im Namen der GLP. Die Werkbetriebe der Stadt Frauenfeld möchten sich mit 9 Mio. Franken an der Swisspower Renewables AG und an Kraftwerksprojekten für erneuerbare Energien beteiligen. Mit dieser Vorlage habe ich mich in den letzten Wochen intensiv auseinandergesetzt, mit Fachleuten diskutiert und die 'Pros und Contras' sorgfältig gegeneinander abgewogen. Sie können es mir glauben, der Entscheid war alles andere als einfach.

Natürlich ist es störend, wenn die Gelder für Investitionen in erneuerbare Energien nicht vollumfänglich ins Inland, sondern auch in Anlagen im Ausland fließen. Auch ich habe Mühe,

dass einmal mehr das grosse Potential von Solar-Energie und Geothermie verkannt wird - stattdessen wird Wind- und Wasserkraft der Vorzug gegeben. Und einmal mehr macht uns diese Beteiligung ein Stück weit abhängiger vom Ausland, obwohl die Botschaft ausdrücklich die 'reduzierte Abhängigkeit von Dritten' propagiert.

Aber, meine Damen und Herren, wir müssen uns schon fragen: AKWs möchten wir lieber heute als erst morgen abschalten, Windturbinen verschandeln offenbar unsere Landschaft, höhere Staudämme schaden der Flora und Fauna in den Berggebieten und stehen beim Wandern im Weg. Und auf der anderen Seite konsumieren wir 'judihui' munter weiter Strom, als ob es kein morgen gäbe. Die Fläche der Schweiz reicht anscheinend bereits nicht mehr aus, um unseren Energiehunger zu stillen. Wo führt das hin? Wann sehen wir ein, dass unendliches Wachstum auf einem endlich grossen Planeten eine Illusion ist? Würden Sie Ihren Gemüsegarten der NAGRA für radioaktive Abfälle zur Verfügung stellen? Sollen wir als nächstes Windturbinen auf unseren Nachbarplaneten aufstellen und interstellare Pipelines auf die Erde ziehen?

Nein, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir müssen an einer anderen Schraube drehen. Energie ist zu billig, und was nichts kostet, ist nichts wert und wird folglich verschwendet. Unser aller Lebensstil ist das Problem - Effizienz und Suffizienz heissen die Lösungsworte. Gemäss einer aktuellen Studie des WWF verpuffen 40% unseres Stromes auf unnötige Art und Weise - durch stromfressende Geräte und Maschinen, wegen nachts beleuchteten Bürogebäuden, durch Kaffeemaschinen oder Fernsehgeräte im Standby-Betrieb. Ich muss es nochmals wiederholen, wir könnten 40% Strom einsparen! Der billigste Strom ist derjenige, der gar nicht erst produziert werden muss. Aber es fehlen bei uns die Lenkungsmassnahmen, und die Bevölkerung muss informiert und sensibilisiert werden.

Ein steigender Stromverbrauch ist nicht einfach unvermeidlich und gottgegeben, sondern kann mit geeigneten Massnahmen sehr wohl beeinflusst werden. Ich geben Ihnen drei Beispiele.

Die Amerikaner sind ja nicht gerade für ihre Bescheidenheit bekannt. Aber hören Sie, seit 1973 ist der Stromverbrauch in *Kalifornien* praktisch stabil. In dieser Zeit ist er bei uns um zwei Drittel gestiegen. Aber wir müssen gar nicht so weit suchen! Wenn Sie im Jura wohnen und das Elektrizitätswerk *Vallée de Joux* ihr Stromlieferant ist, bekommen Sie eine Vergütung für jede Kilowattstunde, die Sie gegenüber dem Vorjahr eingespart haben. Auch *Basel-Stadt* kennt eine Lenkungsabgabe auf Strom. Dort ist die Wirtschaft schneller gewachsen als im Schweizer Durchschnitt, aber der Stromverbrauch liegt deutlich unter dem Schweizer Mittel. Ich möchte an dieser Stelle an unsere Werkbetriebe appellieren, hier etwas mehr Mut und Kreativität zu zeigen, und nicht das grenzenlose Wachstum zu propagieren - das ist definitiv Schnee von gestern.

Mein Fazit: Ich befürworte die Beteiligung in der Höhe von 9 Mio. Franken an der Swissspower Renewables AG und bitte Sie, der Vorlage ebenfalls zuzustimmen. Ich tue dies aber mit wenig Enthusiasmus und einem nochmaligen dringenden Appell an die Werkbetriebe, sich die Modelle 'Vallée de Joux' und 'Basel Stadt' nochmals genauer anzuschauen, damit diese in einem ähnlichen Rahmen in Frauenfeld umgesetzt werden können.

Wenn alles klappt, können wir dann in 20 Jahren dank unserer gesteigerten Energie-Effizienz, die Beteiligung an der Swisspower Renewables AG mit einer satten Rendite weiterverkaufen."

**Gemeinderat Bruno Diethelm:** "Ich spreche im Namen einer Fraktionsminderheit, welche die Botschaft vor allem aus Sicht der Werkbetriebe als Versorgungsunternehmung unserer Stadt beurteilt hat.

Zentraler Auftrag der Werkbetriebe ist:

- die Bevölkerung, Verwaltung, Industrie und die Gewerbebetriebe mit Energie wie Wasser, Gas und Elektrizität zu versorgen.
- Dazu ist eine hohe, sehr hohe Versorgungssicherheit zu planen und zu garantieren. Die benötigte Energie ist zu möglichst günstigen Preisen an die Verbraucher abzugeben.
- Die Werkbetriebe Frauenfeld betreiben ein modernes, sehr gut unterhaltenes sowie sicheres Versorgungsnetz nach wirtschaftlichen und unternehmerischen Gesichtspunkten.

Im Hinblick auf den vom Bundesrat beschlossenen Atomausstieg (2040) ist es gerade im Strommarkt angebracht, möglichst heute schon Alternativen zum Atomstrom zu suchen und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, diese zu erschliessen und effizient zu nutzen.

Mit dem Rahmenkredit von 9 Mio. Franken zur Beteiligung an der Swisspower Renewables AG geben wir dem Stadtrat und den Werkbetrieben die Möglichkeiten, sich aktiv und unternehmerisch am Markt für erneuerbare Energien wie Wind- und Wasserkraft einzubringen und an späteren Bezugsquoten zu partizipieren.

Unternehmerisch sehen wir kein Risiko, da nur in betriebsbereite, effiziente und schlüsselfertige Anlagen investiert wird.

Natürlich hätten auch wir die Wasser- und Windkraftanlagen gerne in der Schweiz gesehen. Allein die komplizierten Bewilligungsverfahren und unendliche Einsprachemöglichkeiten verschiedenster Organisationen können solche Vorhaben extrem verzögern.

Im Übrigen können wir mit Investitionen in Windparks im grenznahen Ausland - dies passt nicht allen unseren Fraktionsmitgliedern - auch zur Wirtschaftsförderung in diesen Ländern beitragen, wie das publizierte Beispiel der BKW in Südtalien beweist.

Unter Abwägung all dieser unternehmerischen Fakten werden ich und meine Mitstreiter den Anträgen in der Botschaft Nr. 15 zustimmen. Wir bitten Sie dies ebenfalls zu tun."

Nachdem die Diskussion seitens der Ratsmitglieder erschöpft ist, stellt der **Ratspräsident** das lachsfarbene Papier der GPK Bau, Werke, Umwelt zur Diskussion. Dieses sieht vor, auf der Abstimmungsbotschaft, Seite 6, unter 1.2. Swisspower Renewables AG, am Schluss des ersten Absatzes folgende Ergänzung vorzunehmen:

*Swisspower Renewables AG hat anfangs Juli 2012 bereits den ersten Windpark in Oberfranken (Bayern) erstanden. Dieser Windpark wurde nach einjähriger Bauzeit im Frühling 2012 fertig erstellt und speist seither die produzierte Leistung von rund 16 MW ins Stromnetz ein.*

Das Wort zu diesem Änderungsantrag der GPK BWU wird nicht ergriffen, sodass der **Ratspräsident** darüber abstimmen lässt.

**Abstimmung Änderungsantrag GBK BWU:** Dem Änderungsantrag der GPK BWU gemäss lachsfarbenen Papier wird mit 33 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen zugestimmt.

Die Abstimmungsbotschaft wird somit entsprechend ergänzt.

**Stadtammann Carlo Parolari:** "Herr Präsident, meine Damen und Herren Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, gemäss den Legislatorschwerpunkten 2011 bis 2015 des Stadtrates fördert Frauenfeld eine nachhaltige Energieversorgung. Gestützt auf das Leitziel in diesem Legislaturprogramm werden Beteiligungen an nachhaltigen Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien vorangetrieben und umgesetzt. Stadt und Werkbetriebe wollen sich deshalb substantziell an der Produktion von erneuerbaren Energien beteiligen. Und das haben wir noch vor der Energiewende des Bundesrates beschlossen und festgelegt.

Mit einer Diversifizierung des Beschaffungsmixes kann eine schrittweise Reduktion der Atomstromproduktion erfolgen - da gehe ich mit Gemeinderätin Verena Herzog einig - bzw. kann ein Ausstieg beschleunigt werden. Wir wollen längerfristig ein Eigenproduktionsportfolio aufbauen und dadurch - das wurde verschiedentlich gesagt - die Versorgungssicherheit erhöhen sowie die Abhängigkeit von Dritten reduzieren.

Gemeinderat Marcel Epper hat es schön gesagt, nämlich dass wir den schönen Worten auch Taten folgen lassen wollen. Stadtrat und Werkbetriebe wollen proaktiv handeln und sich nicht einfach treiben lassen oder von den Monopolisten abhängig sein. Wie soll, wie kann das erreicht werden? Wir haben zunächst eine Potentialstudie in der ganzen Region Frauenfeld gemacht und das Potential an erneuerbaren Energien abgeschätzt. Das Resultat, meine Damen und Herren, war einigermaßen ernüchternd. Holz ist mehr oder weniger ausgeschöpft. Das hat Gemeinderat Robert Zahnd auch schon festgestellt. Beim Wasser hat es noch Potential für zwei Kleinwasserkraftwerke. Diese sind bereits in Projektierung. Weiteres Potential ist in diesem Bereich nicht vorhanden. Bezüglich Wind ist in der Region Frauenfeld kein Potential vorhanden. In Schaffhausen sieht es diesbezüglich etwas anders aus. Biogas ist realisiert. Im Bereich Photovoltaik hat es noch Potential. Bei der Geothermie besteht ein gewisses Potential, aber nur für die untiefe Geothermie, bei der Wärme produziert werden kann, aber nicht für die tiefe Geothermie, wo man weiter nach unten gehen muss, um Strom produzieren zu können. Sie sehen, das Potential ist in der Region sehr beschränkt, aber auch in der ganzen Schweiz beschränkt. Es ist zwar erheblich - es liegen gerade die neusten Zahlen des Bundesrates, die auch zitiert wurden, vor -, aber es reicht nie und nimmer aus, um die 40% Atomstrom, die Gemeinderat Robert Zahnd erwähnt hat, durch erneuerbare Energien im Land zu ersetzen.

Ein Beispiel aus den Zahlen von Bundesrätin Leuthard: Wind; aktuelle Produktion 0,04 Terrawatt. Diese lässt sich in der Schweiz ausbauen bis auf 4,26 Terrawatt im Jahr 2050. Das ist immerhin ein Faktor 100 für Windproduktion in der Schweiz. Das wären dann etwa 7 bis 9% der Inlandproduktion - das sind die Zahlen des Bundes. Es gibt einen gewissen Zubau beim Wasser, sicher bei der Photovoltaik, auch bei der Geothermie, aber auch bei der fossilen Energie. Wenn wir den Atomausstieg schaffen wollen, müssen wir alles andere entsprechend hinauffahren. Die letzte Zahl: Die Windenergie nimmt im gesamteuropäischen Raum massiv zu. Im EU-Raum liegt heute eine installierte Leistung von 100 Gigawatt vor. Das ist immerhin die Produktion von 39 Atomkraftwerken, die durch Windanlagen substituiert werden. Wenn Sie das jetzt noch einmal nur für die Schweiz mit Faktor 100 hochrechnen, können Sie in etwa ausmalen, was das heisst.

Wir - und wenn ich wir sage, meine ich vor allem die Werkbetriebe - sind zu klein und uns fehlt das notwendige Know-how, um ausserhalb unserer Region national oder sogar international solche Projekte zu starten oder in solche zu investieren. Da bietet sich die Beteiligung von Swissspower an - es wurde gesagt, dass wir seit dem Jahr 2000 Aktionär, Mitglied von Swissspower sind - und wir haben dort sehr profitiert. Gemeinsam mit anderen Stadtwerken können wir ein Stromerzeugungsportfolio nun mit der Swissspower Renewables AG von 600 bis 850 Mio. Franken aufbauen und investieren. Ich betone, dass es primär das Ziel ist, in der Schweiz zu investieren und wenn dies nicht geht, im angrenzenden Ausland. Es wurde vom GPK-Sprecher auch gesagt, dass dieses Investment effizient sei, weil pro 1 Mio. Franken Eigenkapital, das investiert wird, wir acht Mal mehr Alternativenergie erhalten, als wenn wir hier in Frauenfeld beispielsweise in ein Kleinwasserkraftwerk investieren würden - einfach durch die Skaleneffekte, die Grössenordnungen innerhalb der Swissspower.

Die Gründe, weshalb wir Ihnen diese Beteiligung empfehlen, sind auf Seite 7 der Botschaft aufgeführt. Das wiederhole ich nicht. Wir können dadurch erreichen, dass wir bis 27% Eigenproduktion oder eben Bezugsrechte in unserem Portfolio aufbauen können.

Ich wurde in der GPK gefragt, ob wir auch Alternativen geprüft haben. Das haben wir getan. Wir haben diese aber relativ schnell verworfen. Es gibt andere Firmen, die ähnlich investieren, aber es handelt sich dabei immer um Kohlekraftwerke oder es sind AKWs dabei. Es sind Projekte dabei, von denen wir definitiv die Finger lassen wollen.

Ich komme nun auf einzelne Voten in Ihrem Rat zu sprechen. Gemeinderat Heinrich Christ hat zwei Bedenken angemeldet. Es seien wenig innovative Projekte, die unterstützt würden und es sei zu wenig riskant, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Es löse keinen Investitionsschub aus. Für innovative Projekte haben wir eben genau diesen Fonds eingerichtet, in dem jährlich eine halbe Mio. Franken für innovative Projekte reserviert werden. Zugegebenermassen erfolgt dies im kleineren Rahmen, nämlich in einem regionalen und nicht nationalen oder internationalen. Wir gehen hier mit Steuergeldern um und können nicht in irgendwelche exotische Projekte mit innovativem, experimentellem Charakter im entfernten Ausland investieren. Da könnte ich definitiv nicht dahinter stehen.

Zum zweiten negativen Aspekt bzw. dem Bedenken, das Sie geäussert haben, wir müssten schauen, dass wir in dieser AG mitsteuern können. Wir haben seit Jahrzehnten, die sogenannte FKW-Gruppe - Frauenfeld, Kreuzlingen, Weinfelden -, die extrem eng zusammen arbeitet. Wir beschaffen gemeinsam Software und achten darauf, dass wir uns gegenseitig vertreten können. Alle drei Werke machen bei Swissspower Renewables AG mit und verfügen

zusammen über 13% des Aktienkapitals. Weinfeld, weil es bereits Gründungsmitglied ist und als selbständige AG von Anfang an dabei war. Weinfeld hat René Bock, der immerhin VR-Präsident der TKB ist, dort platziert und wir haben jetzt schon einen intensiven Austausch. Also diesen Einfluss üben wir aus und machen ihn geltend. Gemeinderat Stefan Leuthold hat das auch moniert. Wir haben in das zusätzlich geschaffene Expertengremium unseren Finanzchef der Werkbetriebe, Michael Gemperle, delegiert, damit wir hier eben auch den Finger drauf haben.

Es wurde gesagt, wir hätten das Energie-Sparpotential nicht berücksichtigt. Man konzentriere sich auf Wasser- und auf Windkraft. Das ist richtig. Es ist auch gesagt worden, wir hätten nicht alternative Energien, wie Photovoltaik oder sonstige Sachen berücksichtigt. Ich mache Sie auf Seite 9 der Botschaft aufmerksam. Dort ersehen Sie aus der Grafik, dass der zukünftige Strommix in Frauenfeld mit der Swisspower-Beteiligung eingerechnet immer noch einen Anteil von 38% zertifiziertem Wasserstrom aufweist, den wir selbstverständlich auch noch irgendwie substituieren wollen. Das Feld ist also noch relativ gross, um weitere innovative Projekte vorbringen zu können. Hier ist aber ganz klar und mehrfach gesagt worden, es soll in sichere Anlagen investiert werden und zwar ausschliesslich in Wasser- oder Onshore-Windkraft.

Gemeinderat Jörg Schläpfer hat aufgerufen, die Fachkommission soll jeweils prüfen, ob nicht aus den Mitteln des Fonds für erneuerbare Energien - aus dieser halben Mio. Franken, die für innovative Projekte reserviert sind - jeweils eine Tranche allenfalls für die Swisspower-Beteiligung verwendet werden könnte.

Ich mache einfach auf die Diskussion im Zusammenhang mit diesem Reglement aufmerksam. Das war definitiv nicht die Meinung dieses Fonds. Eine halbe Mio. Franken sollen in Förderung von solarer Wärmeerzeugung und Gebäudeeffizienz investiert werden und die andere halbe Mio. Franken für innovative und stadteigene Projekte. Es steht im Reglement, da gebe ich Ihnen recht, dass man sich auch an Anlagen beteiligen kann. Es kann aber nicht sein, dass wir diese halbe Mio. Franken für die nun zur Diskussion stehenden Beteiligungen verwenden. Ich kann Ihnen zusagen, dass wir dies prüfen werden, wenn keine Projekte aus diesem Fonds beantragt werden. Wenn dieser Fonds nicht genutzt werden sollte und das Geld dort einfach liegen bleibt, dann werden wir Ihnen selbstverständlich allenfalls eine Reglementsänderung beantragen oder schauen, was mit diesem Geld effektiv gemacht werden kann. Solange aber Projekte auf dem Tisch liegen, werden wir dieses Geld nicht für eine Beteiligung an der Swisspower Renewables AG investieren. Wir schauen es aber an. Es ist nicht das Ziel, Geld in diesem Fonds einfach nur zu parkieren.

Gemeinderat Stefan Geiges hat die Frage gestellt, die verschiedentlich auch im Vorfeld aufgekommen ist, ob es wirklich Aufgabe der Stadt sei, sich an einer solchen Firma zu beteiligen. Sie haben das in Abrede gestellt, Gemeinderat Stefan Geiges. Ich sehe das anders. Unsere Aufgabe ist es primär, die Versorgungssicherheit zu garantieren. Es ist zweitens möglichst saubere Energie zu liefern und drittens zu möglichst günstigen Preisen. Durch die Diversifikation im Strommix, einerseits im Angebot, aber auch in der Beschaffung, erreichen wir, dass wir verminderte Abhängigkeit von Axpo und EKT haben. Das sind bis jetzt Monopolisten, die uns einfach Energie liefern. Wir müssen diese dann zu einem beliebigen, in der Vergangenheit sehr häufig überbezahlten Preis übernehmen, ohne dass wir etwas machen können. Und wir erhöhen die Versorgungssicherheit, indem wir nicht nur einen Monopolisten, sondern auch andere Lieferanten haben und da allenfalls auch wählen können. Für mich ist

es Aufgabe der Stadt, hier proaktiv zu sein, und nicht einfach passiv zu konsumieren, was mir die Axpo oder das EKT auf den Tisch knallen.

Gemeinderat Robert Zahnd hat angedeutet, dass wir ein Auslandabenteuer eingehen. Sie haben es als 'scheinheilige Energiepolitik' bezeichnet, wenn man im Ausland investiert. Es wundert Sie nicht, dass ich anderer Meinung bin. Ich habe es erläutert und Ihnen gesagt, dass wir das Problem nicht nur innerhalb der Schweiz lösen können. Ich weiss nicht, woher Sie das haben, dass im Moment 100% im Inland produziert wird. Wir haben kleine Überschüsse, aber die werden dann häufig exportiert. Dann, wenn wir den Strom benötigen, importieren wir diesen und zwar massiv - gerade auch aus Tschechien und Frankreich, das Sie erwähnt haben. Momentan haben wir eine grosse Menge Graustrom. Wir wissen nicht, was aus unseren Steckdosen kommt. Da sind Kohle- und auch massiv Atomstrom vorhanden. Wir wissen es im Moment effektiv nicht. Das Ziel ist klar primär im Inland zu produzieren. Das ist auch innerhalb der Swissspower Renewables AG so. Ich habe aber auch gesagt, dass in der Schweiz im Gegensatz zum Ausland eine extrem lange Bewilligungsdauer für solche Projekte gegeben ist. Es wurde erwähnt, dass die BKW seit 1999 massiv mit mehreren 100 Mio. Franken in Windkraft in Italien investiert. Sie verdienen damit sehr gutes Geld. In der Schweiz ist es so - ich habe diese Zahl heute noch gefunden -, dass 500 Windprojekte wegen der Deckelung der KEV blockiert sind. Diese Projekte sind bei der KEV angemeldet. Es sind etwa 16'000 Photovoltaik-Anlagen und 500 Windprojekte blockiert. Es geht bei diesen Projekten momentan also nicht weiter, weil es keine KEV dafür gibt.

Das wären die Antworten auf Ihre Fragen. Ich bitte Sie im Namen des Stadtrates, dieser zukunftsweisenden Vorlage zuzustimmen. Wenn sie abgelehnt würde, müssten Sie mir dann sagen, was ich machen soll, denn wenn das Projekt abgelehnt wird, haben wir vielleicht noch ein oder zwei Wasserkraftwerke. Sie sagen mir damit oder senden das Signal aus, dass wir einfach das, was vom EKT und der Axpo geliefert wird, zu konsumieren haben. Das kann es unseres Erachtens nicht sein. Ich danke Ihnen für die Zustimmung."

Der **Ratspräsident** stellt die Anträge auf Seite 13 der stadträtlichen Botschaft Nr. 15 vom 3. Juli 2012 zur Diskussion. Er zitiert an dieser Stelle noch einmal den zusätzlichen Antrag Nr. 4, der in der vorliegenden Botschaft vergessen ging und wie folgt lautet:

4. *Die Abstimmungsbotschaft an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wird genehmigt.*

Nachdem das Wort zu den einzelnen Anträgen nicht gewünscht wird, geht der **Ratspräsident** zur Abstimmung über.

**Abstimmung Antrag 1:** Der Rat stimmt dem Antrag 1 mit 27 Ja- gegen 11 Nein-Stimmen zu.

**Abstimmung Antrag 2:** Antrag 2 wird ebenfalls mit 27 Ja- gegen 11 Nein- Stimmen angenommen.

**Abstimmung Antrag 3:** Auch dieser Antrag erfährt mit 27 Ja- gegen 11 Nein-Stimmen die Zustimmung des Rats.

**Abstimmung Antrag 4:** Die Abstimmungsbotschaft wird mit 27 Ja-Stimmen, bei 11 Enthaltungen, angenommen.

**Der Gemeinderat beschliesst:**

1. Das Investitionsprojekt "Beteiligung an Kraftwerken erneuerbare Energien über die Swisspower Renewables AG" wird bewilligt.
2. Der Rahmenkredit von 9 Mio. Franken bestehend aus einem Anteil Aktienkapital von 450'000 Franken und einer Projektfinanzierung von maximal 8,55 Mio. Franken für die Beteiligung an Swisspower Renewables AG in Tranchen zulasten Elektrizitätswerk, Konto 14008 Beteiligung Swisspower Renewables AG wird bewilligt.
3. Dem Stadtrat wird die Kompetenz erteilt, innerhalb des bewilligten Kreditrahmens die Tranchen für die schrittweise Erhöhung der Beteiligung an der Swisspower Renewables AG freizugeben.
4. Die Abstimmungsbotschaft an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wird genehmigt.

Der Beschluss Antrag 2 untersteht dem obligatorischen Referendum der Stimmberechtigten. Die Volksabstimmung findet am 25. November 2012 statt.

**61**

**INTERPELLATION BETREFFEND LÖSUNG LINDENSPITZ VON GEMEINDERAT ANDREAS ELLIKER; EINREICHUNG UND BEGRÜNDUNG**

Die heute eingereichte Interpellation von Gemeinderat Andreas Elliker wurde von 26 Ratsmitgliedern mitunterzeichnet.

Nachstehend zu Protokoll der Interpellationstext und die Begründung:

Beim Lindenspitz gibt es zu den Stosszeiten (Mittag, Abend) immer wieder Staus. Diese verärgern viele Verkehrsteilnehmer. Aus dem neuen Verkehrsrichtplan kann ich leider keine Massnahmen erkennen, welche das Verkehrsaufkommen am Lindenspitz lindern sollen, denn im Moment wird immer wieder äusserst gefährlich über Parkplätze und durch Einbahnausfahrten abgekürzt. Dadurch entstehen neben Parkschäden mit Fahrerflucht auch immer wieder gefährliche Verkehrssituationen.



Deshalb bitte ich den Stadtrat um folgende Auskünfte:

1. *Ist der Stadtrat bereit, eine Konzeptstudie zu erstellen, die den Verkehrsfluss beim Lindenspitz verbessert?*
2. *Ist der Stadtrat bereit, für die Anwohner/Unternehmen zwischen der Bahnhofstrasse und der Zürcherstrasse Sicherheitsmassnahmen vorzunehmen?*
3. *Ist der Stadtrat bereit, für den Bereich Lindenspitz (siehe angefügter Plan) den Verkehrsfluss mit Hilfe von Spezialisten zu verbessern (zum Beispiel Varianten mit Lichtsignal oder gar einen Grosskreisel zu prüfen)?*

Die Frauenfelder Bevölkerung wäre sehr dankbar, wenn baldmöglichst Verbesserungen gemacht würden. Die zahlreichen Rückmeldungen nach dem Bericht in der Frauenfelder Woche 21/2012 zeigten deutlich, dass die Frauenfelder Bevölkerung mit der momentanen Situation sehr unzufrieden ist.

## 62

### **INTERPELLATION BETREFFEND "PARTIZIPATIVE POLITIK" IN DER VERKEHRSPANUNG VON GEMEINDERAT HEINRICH CHRIST; EINREICHUNG UND BEGRÜNDUNG**

Die heute eingereichte Interpellation von Gemeinderat Heinrich Christ wurde von 16 Ratsmitgliedern mitunterzeichnet.

Nachstehend zu Protokoll der Interpellationstext und die Begründung:

Bei der Erarbeitung des aktuellen Richtplans nutzte die Stadt Frauenfeld kreative Formen "partizipativer Politik": Der "Fuss- und Velo-Check" und die Workshops zur Entlastungsstrasse involvierten die Bevölkerung in die Planungen. Diese Veranstaltungen stiessen auf eine gute Resonanz. Die Bevölkerung konnte ihre Anliegen kommunizieren und fühlte sich ernst genommen. Die damals erprobten Gefässe bilden eine sinnvolle Ergänzung zu den in der Gemeindeordnung verankerten Möglichkeiten der Petition und Initiative sowie zur Vernehmlassung als weiterer traditioneller Form der "partizipativen Politik".

"Partizipative Politik" im oben beschriebenen Sinn darf nicht mit demokratischen Mehrheitsbeschlüssen verwechselt werden. Es geht nicht um Beschlussfassung, sondern darum, Probleme, Anliegen und Lösungsvorschläge frühzeitig und möglichst breit zu erfassen. Auf dieser Grundlage können mehrheitsfähige Lösungsvorschläge erarbeitet werden. "Partizipative Politik" bietet ausserdem die Chance, breitere, vielleicht politikferne Bevölkerungsgruppen in den politischen Prozess miteinzubeziehen.

Formen "Partizipativer Politik" tragen in verschiedener Weise zu einer konstruktiven und demokratisch gut verankerten Gemeindepolitik bei. Dies trifft insbesondere auf den speziell emotionalen Bereich der Verkehrsplanung (Strassen- und Wegprojekte, Temporegime, öffentlicher Verkehr, etc.) zu.

Fragen:

1. *Plant der Stadtrat zurzeit im Bereich der Verkehrsplanung Formen "Partizipativer Politik" im oben beschriebenen Sinn zu nutzen? Wenn ja, welche? Falls nein, weshalb nicht?*
2. *Welche Formen "Partizipativer Politik" plant der Stadtrat im Zusammenhang mit der Neukozeptionierung des Stadtbusses zu nutzen?*
3. *Wie stellt sich der Stadtrat angesichts des steten Handlungsbedarfs im Strassenbau zur Idee, einen "Fuss- und Velo-Check" regelmässig durchzuführen?*

- - -

**Gemeinderatspräsident Herbert Vetter:** "Somit haben wir die heutige Tagesordnung durchberaten. Ich bedanke mich für Ihre Mitarbeit wie auch für den herbstlichen Blumenschmuck der Stadtgärtnerei. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch den 7. November 2012 um 17.00 Uhr statt.

Im Anschluss an die heutige Ratssitzung findet nach einer kurzen Umbaupause eine nicht öffentliche Information über die Regionalplanungsgruppe Frauenfeld statt. Die Information ist für Mitglieder des Gemeinderates fakultativ und dauert inklusive Fragenbeantwortung zirka eine Stunde. Besten Dank. Die Sitzung ist geschlossen."

- - -

Schluss der Sitzung: 19.30 Uhr

\* \* \*